

# Antrag

der Fraktion der SPD

**betr.: Beamtenbesoldung.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt,

1. dem Bundestag baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechtes zuzuleiten;
2. dem Bundestag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach bis spätestens 31. Dezember 1952 ein halber Monatsbetrag entsprechend den §§ 2 und 3 des Entwurfs eines Nachtragshaushaltsgesetzes 1952 vom 2. Oktober 1952 — 6 — 50103 — 2257/52 — (vgl. Bundesratsdrucksache Nr. 395/52) ausgezahlt wird;
3. dem Bundestag beschleunigt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die ruhegehaltstfähigen Bezüge ab 1. Januar 1953 entsprechend der eingetretenen Teuerung erhöht;
4. für die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Empfänger von Mindestversorgungsbezügen eine sinngemäße Regelung nach den Nrn. 2 und 3 zu treffen.

Bonn, den 11. November 1952

Ollenhauer und Fraktion